

EP-FR-01 C – WAS FRIEDEN SCHÜTZT

Antragsteller*in: Bundesvorstand
Tagesordnungspunkt: EP-FR Was Frieden schützt

Antragstext

1 Der russische Angriffskrieg auf unseren europäischen Nachbarstaat Ukraine hat
2 gezeigt: Frieden und Freiheit, Sicherheit und Menschenrechte sind keine
3 Selbstverständlichkeit. Sie müssen immer wieder aufs Neue verteidigt und
4 gestärkt werden. Moskau hat das Friedensprojekt Europäische Union
5 herausgefordert. Gemeinsam mit unseren ukrainischen Freund*innen haben wir diese
6 Herausforderung angenommen – und halten stand.

7 Aber auch über die Ukraine hinaus nehmen die Spannungen weltweit zu. China tritt
8 immer autoritärer auf und stellt die regelbasierte internationale Ordnung
9 infrage. Chinas Konkurrenz mit den USA stellt auch unser Leben und Wirtschaften
10 vor bedeutende Herausforderungen. In Afrika, Asien und Südamerika fordern
11 Staaten und Gesellschaften derweil zu Recht faire Mitsprache und einen
12 gleichwertigen Platz an Verhandlungstischen ein.

13 Diese Verschiebungen im globalen Machtgefüge fordern die EU heraus. Gemeinsam
14 mit den Folgen der Pandemie, mit Inflation, Staatsschulden- und Klimakrise
15 machen sie einmal mehr deutlich: Wir müssen unsere Kräfte bündeln, um den
16 Frieden in Europa zu schützen, um Europa in der Welt sicherer zu machen.

17 Gemeinsam sind wir handlungsfähig. Immer wieder hat Europa bewiesen, wie sehr es
18 in der Lage ist, auch international für Frieden, Sicherheit und
19 Rechtsstaatlichkeit zu wirken. Es hat bewiesen: Man kann Frieden lernen,
20 stabilisieren und zum Wohle aller gestalten. Das gibt Hoffnung in schwierigen
21 Zeiten: Eine EU, die auf der Weltbühne selbstbewusst auftritt und mit einer
22 Stimme spricht, ist imstande, sich gegen Unfreiheit und Krieg zu behaupten,
23 unsere Interessen und Werte zu verteidigen, Einflussnahme von außen abzuwehren,
24 Zukunft und Frieden zu gestalten – und das Leben der Menschen spürbar zu
25 verbessern. Dieses Europa bietet weltweit Perspektiven für politische und
26 wirtschaftliche Entwicklung – und damit ein dringend benötigtes Gegenangebot zum
27 Einfluss insbesondere Chinas und Russlands.

28 Das ist unsere Perspektive, das ist unser politischer Auftrag: die globale
29 Handlungsfähigkeit der EU zu verteidigen und zu stärken. Als viele noch von

30 „Wandel durch Handel“ träumten, haben GRÜNE davor gewarnt, dass autokratische
31 Regime wie Russland im Zweifelsfall gegen das Interesse ihrer eigenen
32 Bürger*innen handeln, um ihre imperialen Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Wir
33 treten deshalb für ein souveränes und selbstbewusstes Europa ein, das nicht
34 abwartet, sondern das Heft des Handelns in die Hand nimmt; ein Europa, das sich
35 aus seinen Abhängigkeiten löst und global Verantwortung übernimmt. Eine
36 handlungsfähige EU, die auf eigenen Beinen steht, ist der beste Schutz gegen all
37 jene Kräfte, die Isolation und Ausgrenzung heraufbeschwören, innerhalb und
38 außerhalb des europäischen Bündnisses. Die EU kann dabei ihre Interessen vor
39 allem dann effektiv durchsetzen, wenn sie zugleich ihre Werte in den Mittelpunkt
40 stellt – der oft behauptete Widerspruch ist keiner.

41 Frieden und Freiheit erwachsen nicht aus Abschottung, sondern aus einem
42 wertegeleiteten und fairen Umgang mit unseren Partnerinnen und Partnern. Das
43 wichtigste Forum dafür sind die Vereinten Nationen (UN) und ihre Organisationen,
44 die wir stärken und gerechter gestalten wollen. Sie sind der beste Weg zu einem
45 Multilateralismus, in dem die Stärke des Rechts wirkt, nicht das Recht des
46 Stärkeren.

47 Die EU muss in diesen herausfordernden Zeiten alle Möglichkeiten internationaler
48 Zusammenarbeit aktiv suchen und alle Kanäle der Kooperation nutzen, um den
49 Frieden zu wahren, demokratische Kräfte zu stärken und Konflikten vorzubeugen.
50 Die EU muss aktiv um Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens werben.
51 Orientiert an den Nachhaltigkeitszielen wollen wir globale Gerechtigkeit
52 fördern.

53 Oft genug aber sitzen bei Verhandlungen vor allem Frauen nicht mit am Tisch. Das
54 macht es schwerer, faire und tragfähige Lösungen zu entwickeln. Gesellschaften
55 sind nachweislich friedlicher und wohlhabender, wenn alle Menschen am
56 politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben teilnehmen können. Frieden und
57 Sicherheit sind nachhaltiger, wenn Frauen beteiligt sind. Deshalb setzen wir uns
58 aktiv dafür ein, dass gerade auch Frauen in der Außenpolitik umfassend vertreten
59 sind.

60 Das gilt umso mehr, da sich die existenziellste Herausforderung der Menschheit,
61 die Klimakrise, nur global bewältigen lässt. Europa und die übrigen
62 Industriestaaten haben durch ihre jahrzehntelangen Emissionen eine zweifache
63 Verantwortung: Sie müssen im ganz eigenen Interesse selbst schnell klimaneutral
64 werden und zugleich ärmere Länder auf ihrem Weg zu klimaneutralem Wohlstand
65 partnerschaftlich unterstützen. Deswegen stellen wir die Klimadiplomatie ins
66 Zentrum unseres Plans für eine europäische Außenpolitik und damit die Weichen
67 für belastbare Partnerschaften – Partnerschaften, die auch dabei helfen werden,
68 unsere Versorgung mit erneuerbaren Energien und Rohstoffen zu sichern. Dabei
69 muss die EU auch weltweit gemeinsam mit der Privatwirtschaft einen
70 entscheidenden Beitrag zu den nötigen Investitionen für eine klimagerechte
71

Entwicklung leisten.

72 Im äußersten Fall müssen wir im Stande sein, unseren Frieden auch militärisch zu
73 verteidigen. Dies können wir besser, effizienter und wirkungsvoller tun, wenn
74 wir unsere Sicherheitspolitik europäisch koordinieren. Dabei bleiben
75 militärische Maßnahmen für uns Ultima Ratio: Wir wollen einen umfassenden Ansatz
76 europäischer Außenpolitik, der die menschliche Sicherheit in den Mittelpunkt
77 rückt – und auf Vorbeugung und zivile Bearbeitung von Krisen und Konflikten
78 setzt. Wer dazu beiträgt, Frieden zu erhalten, beugt der Notwendigkeit vor,
79 Frieden schaffen zu müssen – so schützt Europa. Wir denken Sicherheit von jedem
80 einzelnen Menschen aus, dessen Würde und Freiheit im Zentrum unserer Politik
81 stehen. Dieses Verständnis einer vorsorgenden und wertegeleiteten
82 Sicherheitspolitik ist Teil des europäischen Versprechens.

83 Dessen Gewicht wiederum wird dort am deutlichsten, wo es Einladung ist und
84 Hoffnung gibt. Das Streben vieler Ukrainer*innen danach, ihre Freiheit zu
85 behaupten und Teil der europäischen Familie zu werden, mag von Wladimir Putin
86 mit brutaler Waffengewalt beantwortet worden sein. Aber es lebt fort und
87 beweist, welche Strahlkraft das europäische Projekt über die eigenen Grenzen
88 hinaus entfalten kann. Wir bekennen uns zum Beginn des ukrainischen
89 Beitrittsprozesses – und verstehen ihn zugleich als Anerkennung der
90 unermesslichen Leistung, die das Land tagtäglich für unser aller Sicherheit und
91 die europäischen Werte erbringt.

92 Das Europa, das wir gestalten wollen, tut genau das. Es schützt und verteidigt
93 die eigenen Werte. Es behauptet sich – und reicht zugleich anderen selbstbewusst
94 die Hand. An diesem Europa wollen wir arbeiten. Dieses Europa wollen wir sein.

95 **1. Eine europäische Außenpolitik**

96 **Gemeinsam außenpolitisch handeln**

97 Wir benötigen eine starke und souveräne EU, die als weltpolitische Akteurin
98 agieren kann. Bislang braucht es in der EU-Außenpolitik jedoch immer noch die
99 Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten. Wir setzen uns für eine Ausweitung von
100 Mehrheitsentscheidungen im Rat ein, die dabei die Interessen der großen und der
101 kleineren Mitgliedstaaten berücksichtigt. Um das zu erreichen, wollen wir die
102 bestehenden Möglichkeiten innerhalb der europäischen Verträge nutzen und setzen
103 uns gleichzeitig für Vertragsänderungen ein.

104 Unsere Werte und Interessen brauchen eine gemeinsame Stimme der EU – wir wollen
105 die bestehende Rolle des Hohen Vertreters bzw. der Hohen Vertreterin für die
106 Außen- und Sicherheitspolitik zu einer europäischen Außenministerin bzw. einem
107 europäischen Außenminister machen. Auch den Europäischen Auswärtigen Dienst

108 wollen wir stärken. Um eine gemeinsame europäische Außenpolitik umzusetzen,
109 braucht es einen echten europäischen diplomatischen Dienst. Deshalb wollen wir
110 die Europäische Diplomatische Akademie fest verankern, um Kompetenzen im Bereich
111 EU-Außenpolitik unter Diplomaten*innen aus den Mitgliedstaaten auszubauen.
112 Konsularische Dienste der Mitgliedsländer wie Visafragen, Rechtshilfe oder
113 Anträge wollen wir vermehrt in den europäischen Botschaften bündeln.

114 **Das Klima global schützen**

115 Die Klimakrise ist die zentrale globale Herausforderung unserer Zeit. Sie
116 bedroht die Lebensgrundlagen in vielen Teilen der Welt und treibt Millionen
117 Menschen in die Flucht. Sie verschärft Konflikte um knapper werdende Ressourcen
118 wie Nahrungsmittel und Wasser.

119 Kein Staat kann die Klimakrise alleine stoppen. Unser Ziel ist eine starke
120 europäische Klimaaußenpolitik, die im Einklang mit dem Pariser Klimaabkommen
121 steht. Wir stehen für eine EU, die weltweit Partnerschaften für die Minderung
122 des CO₂-Ausstoßes knüpft, Partnerländer beim klimaneutralen Auf- und Umbau ihrer
123 Wirtschaftssysteme und Energieversorgung sowie bei der Anpassung an die
124 unvermeidbaren Folgen der Klimakrise unterstützt. Als eine der größten
125 Emittentinnen von Treibhausgasen weltweit muss die EU entsprechend der
126 Vereinbarung im Pariser Klimaschutzabkommen dafür eintreten, dass rasch jährlich
127 100 Milliarden US-Dollar aus öffentlichen und privaten Quellen für Klimaschutz
128 und Anpassung zielgerichtet und im Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen der UN
129 in Ländern des Globalen Südens eingesetzt werden. Ein Vorbild dafür sind
130 sogenannte Just Energy Transition Partnerships, die die Bundesregierung
131 gemeinsam mit weiteren internationalen Partnern bereits mit mehreren Ländern
132 abgeschlossen hat. Sie machen Angebote für eine umfassende und sozial gerechte
133 Energiewende. Wir unterstützen außerdem den internationalen Prozess zur
134 Ausgestaltung eines Loss-and-Damage-Fonds, der die von den Auswirkungen der
135 Klimakrise geschädigten Gemeinschaften finanziell angemessen unterstützen soll.

136 Unser Ziel ist es, die globale Energiewende zu beschleunigen und den Ausstieg
137 aus fossilen Energien voranzutreiben. Wir setzen uns deshalb für ein
138 verbindliches globales Ziel für den Ausbau erneuerbarer Energien und eine
139 ambitionierte Klimafinanzierung ein. Dafür braucht es zusätzliche Mittel zur
140 ODA-Quote. Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die Europäische Bank für
141 Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) müssen sich noch stärker partnerschaftlich
142 an der Modernisierung der Wirtschaft unserer Partnerländern beteiligen.

143 Wir wollen den Team-Europe-Ansatz – die engere Zusammenarbeit zwischen
144 Kommission, Mitgliedstaaten und EU-Finanzinstitutionen – stärken und ausbauen,
145 um internationale Allianzen zu schmieden. Der im Rahmen der G7 angeregte
146 Klimaclub kann dabei eine zentrale Rolle einnehmen, um internationale Strukturen
147 im Rahmen des Pariser Abkommens zu unterstützen und ambitionierte Ziele für

148 Klimaschutz sowie nachhaltiges Wachstum voranzutreiben. Mit der geplanten
149 Strategie für Klimaaußenpolitik kann die Bundesregierung Deutschland zum
150 Vorreiter machen. Das möchten wir zum Vorbild für Europa nehmen.

151 Wie die Klimakrise stellt auch der globale Arten- und Biodiversitätsverlust eine
152 enorme Bedrohung dar. Deshalb wollen wir die Umsetzung des
153 Biodiversitätsabkommens von Kunming- Montreal in Europa und weltweit fördern.
154 Wir steigern das europäische Engagement mit den am stärksten von
155 Biodiversitätsverlust betroffenen Ländern und unterstützen den Schutz von
156 Flächen unter Wahrung der Rechte indigener Völker. Unser Ziel ist es, die
157 biologische Vielfalt Europas und der Welt auf den Weg der Erholung zu bringen.

158 **Global Gateway zum Erfolg bringen**

159 In vielen Teilen der Welt, vor allem im Globalen Süden, gibt es einen gewaltigen
160 Investitionsbedarf, um Wachstum, Mobilität und Wohlstand unter der Bedingung der
161 Klimaneutralität zu erreichen. Auf diesen Bedarf antwortet bislang vor allem das
162 chinesische Programm einer „neuen Seidenstraße“. Die europäische Global-Gateway-
163 Strategie wollen wir zu einem geostrategischen Erfolgsprojekt machen, das
164 Partnerländern eine Alternative zur chinesischen Politik anbietet, die durch
165 starke finanzielle Abhängigkeiten etabliert wird.

166 Durch gezielte Investitionen in die sozialökologische Modernisierung in unseren
167 Partnerländern wollen wir damit klimaneutralen Wohlstand schaffen, den Schutz
168 der Menschenrechte stärken, Lieferketten diversifizieren und die Produktion von
169 grüner Energie in unserer Nachbarschaft fördern.

170 Global Gateway kann aber nur zum Erfolg werden, wenn die EU das Programm mit
171 substanziellen Mitteln ausstattet, die in Verbindung mit dem gehebelten privaten
172 Kapital die nötigen Ressourcen bilden können. Um die Sichtbarkeit und
173 Verbindlichkeit des Programms weltweit und innerhalb der EU zu verbessern,
174 wollen wir eine Sondergesandte bzw. einen Sondergesandten dafür einrichten. Die
175 EU muss für Global Gateway klare strategische Prioritäten setzen und alle
176 Projekte auf der Basis von gleichberechtigter Zusammenarbeit mit den
177 Partnerländern nach Beratung mit der lokalen Zivilgesellschaft erarbeiten.
178 Maßstab sind für uns hierbei die Menschenrechte, die Agenda 2030 der UN sowie
179 die Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaabkommens. Zudem muss die EU-
180 Kommission die Kohärenz und eine größere Transparenz bei der Auswahl der
181 strukturpolitischen Projekte sowie bei ihrer Durchführung und Evaluierung
182 sicherstellen.

183 **Internationale Organisationen stärken**

184 Die UN bleiben mit ihren Organisationen die Grundlage des Multilateralismus. Im
185

186 Fall des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine hat die internationale
187 Staatengemeinschaft in der UN-Vollversammlung bewiesen, dass sie sehr wohl
188 handlungsfähig ist, als eine überragende Mehrheit diesen brutalen Angriffskrieg
189 mehrfach und deutlich verurteilte. Die EU und ihre Mitgliedstaaten leisten mehr
190 als die Hälfte aller Beiträge zu multilateralen Organisationen wie dem UN-
191 System. In den anstehenden Reformdiskussionen wollen wir durch ein koordiniertes
192 Vorgehen der EU die UN und ihre Organisationen fit für die Zukunft machen. Dazu
193 gehört eine Reform des Sicherheitsrats, in dem wir eine gerechtere Repräsentanz
194 der Weltregionen gewährleisten wollen. Langfristig zielen wir darauf ab, das
Vetorecht abzuschaffen.

195 Bei der Weltbank, die mit der Evolution Roadmap ihren Reformprozess bereits
196 begonnen hat, muss sich die EU für eine umfassende Erneuerung und
197 Demokratisierung einsetzen, um angemessen auf die heutigen globalen und
198 entwicklungspolitischen Herausforderungen reagieren zu können. UN-
199 Sonderorganisationen wie das Flüchtlingshilfswerk UNHCR oder die
200 Gesundheitsorganisation WHO leisten vitale Hilfe, um Menschen in Not zu helfen.
201 Die EU muss diese Organisationen deshalb weiter unterstützen und stärken.

202 Darüber hinaus setzen wir uns für eine aktive Personalpolitik der EU bei der
203 Besetzung von Posten in internationalen Organisationen etwa bei der
204 International Standardization Organisation (ISO) oder Weltbankgruppe ein.

205 **Menschenrechte weltweit verteidigen**

206 Weltweit werden vielerorts Oppositionelle verfolgt, der Handlungsspielraum von
207 Zivilgesellschaft und unabhängigen Medien eingeschränkt und Proteste
208 niedergeschlagen. Wir setzen uns für Demokratie und Menschenrechte ein und
209 stärken unabhängige Medien, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und
210 Menschenrechts-Verteidiger*innen. Wir wollen die Fördermöglichkeiten ausbauen
211 und die entsprechenden Schutzinstrumente und Institutionen, beispielsweise
212 Sonderberichterstatte*innen und den Europäischen Demokratiefonds, finanziell
213 stabilisieren und zugänglicher machen.

214 Der Zusammenarbeit mit Demokratien weltweit kommt bei der Förderung von Freiheit
215 und Selbstbestimmung eine besondere Rolle zu. Wir unterstützen entsprechend der
216 Globalen Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte die Verhängung
217 von gezielten Sanktionen gegen staatliche wie nicht-staatliche Akteure, die für
218 schwere Menschenrechtsverletzungen und -verstöße verantwortlich oder an ihnen
219 beteiligt sind.

220 Menschenrechts-Verteidiger*innen riskieren viel. Sie bedürfen unseres Schutzes,
221 unserer Solidarität und unserer aktiven Unterstützung. Die EU-Leitlinien zum
222 Schutz von Menschenrechts-Verteidiger*innen wollen wir konsequent umsetzen.
223 Dabei ist eine geschlechtsspezifische Perspektive wichtig, da Frauen und

224 marginalisierte Gruppen, etwa Verteidiger*innen indigener Rechte, einem höheren
225 Gewaltrisiko ausgesetzt sind. Gefährdeten Menschenrechts-Verteidiger*innen
226 wollen wir in der EU mit einer schnelleren und vereinfachten Visavergabe Schutz
227 bieten. Wir setzen uns dafür ein, dass sich die Auslandsvertretungen der EU für
228 Menschenrechts-Verteidiger*innen stark machen. Dazu gehört etwa,
229 Gerichtsverfahren von politischen Gefangenen zu beobachten, internationale
230 Sichtbarkeit zu schaffen, Soforthilfe bereitzustellen oder regelmäßigen
231 Austausch/regelmäßige Treffen durchzuführen. Nach Vorbild des kanadischen
232 Resettlement- Programms setzen wir uns für ein europäisches Schutzprogramm von
233 Menschenrechts- Verteidiger*innen ein, das es ihnen ermöglicht, schnell und
234 unbürokratisch Schutz zu erhalten und ihre Arbeit in sicherer Umgebung
235 fortführen zu können.

236 **Außen- und Entwicklungspolitik feministisch umsetzen**

237 Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, nachhaltiger und
238 wirtschaftlich erfolgreicher. Sie ist fester Bestandteil der universellen
239 Menschenrechte. Frauen und marginalisierte Gruppen sind in besonderem Maße von
240 Gewalt, Armut und Krieg, aber auch von den Folgen der Klimakrise betroffen.
241 Gleichzeitig sitzen oft nur wenige von ihnen mit am Tisch, wenn es darum geht,
242 Lösungen für diese Krisen zu erarbeiten. Mit der UN- Resolution 1325 ist der
243 Schutz von Frauen und Mädchen in Kriegsgebieten sowie ihre Teilhabe bei
244 Konfliktprävention und -bewältigung bereits international verankert. Wir wollen
245 weitergehen. Wir setzen uns für eine feministische Außen- und
246 Entwicklungspolitik ein, die Rechte, Ressourcen und Repräsentanz von Frauen,
247 Mädchen und marginalisierten Gruppen in allen Bereichen weltweit stärkt.
248 Menschenrechtsbasiert hat sie die Überwindung aller Formen von Diskriminierung
249 zum Ziel. Wir wollen sie als ein Leitprinzip der Außenbeziehungen der EU
250 verankern. Die Leitlinien für die feministische Außenpolitik der Bundesregierung
251 sind Vorbild für die Debatte auf europäischer Ebene.

252 Wir setzen uns dafür ein, den Frauenanteil in den außenpolitischen Institutionen
253 der EU deutlich zu erhöhen, und dafür, dass die Perspektiven von Frauen und
254 Mädchen bei allen internationalen Verhandlungen der EU einbezogen werden. Die
255 Kapazitäten für Gender und Diversität in der EU-Diplomatie wollen wir stärken.

256 Wir fordern, dass die EU in ihren Außenbeziehungen weltweit zur Vorreiterin im
257 Kampf gegen sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt wird. Nach dem
258 Beitritt der EU zur Istanbul- Konvention verlangen wir deren konsequente
259 Umsetzung durch die EU-Mitgliedsländer. Auch fordern wir die weltweite Umsetzung
260 der Yogyakarta-Prinzipien gegen die Diskriminierung und für den Schutz der
261 Menschenrechte von LGBTIQ*-Personen.

262 Wir wollen, dass die EU ihre Entwicklungspolitik nach den Grundsätzen
263 feministischer Entwicklungszusammenarbeit partnerorientiert und nachhaltig

264 ausgerichtet. Sie muss ihr selbst gesetztes Ziel erreichen, dass bis 2025 85
265 Prozent der EU-Entwicklungsprogramme auch zur Geschlechtergerechtigkeit
266 beitragen. Dazu soll die EU mehr Mittel für Projekte zur Förderung von Frauen
267 bereitstellen, besonders im Bereich der Bildung sowie der sexuellen und
268 reproduktiven Gesundheit. Zudem müssen intersektionale Perspektiven in den EU-
269 Aktionsplan für die Gleichstellung der Geschlechter Eingang finden.

270 **2. Eine europäische Sicherheitspolitik**

271 **Europa gemeinsam verteidigen**

272 Russlands völkerrechtswidriger Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns deutlich
273 vor Augen geführt, dass wir unsere Art zu leben im äußersten Notfall auch
274 militärisch verteidigen können müssen. Die Zukunft der Bündnisverteidigung und
275 der kollektiven Reaktionsfähigkeit liegen in der europäischen und
276 transatlantischen Integration und Interoperabilität unserer Streitkräfte.

277 Je enger wir in der EU in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik
278 zusammenarbeiten, desto besser, kosteneffektiver und wirksamer können wir die
279 europäische Verteidigungsfähigkeit sicherstellen, gerade auch als Teil des
280 transatlantischen Bündnisses (NATO). Der strategische Kompass der EU und die
281 Einbettung in das strategische Konzept der NATO sind dafür maßgebend.

282 Wir wollen daher weiter an einer gemeinsamen europäischen Sicherheitsunion mit
283 einer starken parlamentarischen Kontrolle arbeiten. Die verstärkte
284 Zusammenarbeit der Streitkräfte, zum Beispiel innerhalb von permanenten EU-
285 Einheiten, wollen wir ausbauen. Dabei sind gemeinsame Rahmenstandards und
286 Arbeitsbedingungen für Soldat*innen notwendig. Wir wollen die gemeinsame EU-
287 Kommandostruktur und europäische Militärkooperationsinitiativen vertiefen, zum
288 Beispiel bei der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (PESCO).

289 Zivile und militärische Missionen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und
290 Verteidigungspolitik (GSVP) und deren Planungsstäbe stärken wir finanziell und
291 personell. Diese Missionen müssen immer in ein politisches Gesamtkonzept
292 eingebettet sein, einer kontinuierlichen Risikoanalyse unterliegen und sich am
293 Leitbild der menschlichen Sicherheit orientieren. Gemeinsame EU-Auslandseinsätze
294 sollten stärker vom Europäischen Parlament begleitet, kontrolliert und evaluiert
295 werden. Wir verstetigen die Unterstützung der Ukraine im Rahmen der Europäischen
296 Friedensfazilität (EPF) und stärken deren Einheit für Risikoanalyse und
297 Rüstungskontrolle. Die Strukturen der EPF sollten so angepasst werden, dass die
298 Verfügbarkeit der Mittel und die Planbarkeit der Ausgaben verbessert werden.

299 Im Verteidigungssektor führt die unkoordinierte Beschaffung der EU-
300 Mitgliedstaaten zu Überlappungen und damit zur Verschwendung von Steuergeldern

301 in großem Maßstab. Unser Ziel ist eine gemeinsame europäische Entwicklung und
302 Beschaffung von Rüstungsgütern. Dafür bedarf es finanzieller Anreize und
303 Vertrauen, aber auch des politischen Willens, die industriepolitischen
304 Interessen der Mitgliedstaaten zugunsten von mehr gemeinsamer Sicherheit
305 zurückzustellen. Die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) hat das bisher nicht
306 im ausreichenden Maß bewerkstelligt. Wir teilen die Zielsetzung von bestehenden
307 Finanzinstrumenten wie dem European Defense Fund (EDF) oder der gemeinsamen
308 Beschaffung (EDIRPA). Allerdings sind diese Instrumente unzureichend, rechtlich
309 fragil und die parlamentarische Kontrolle stark eingeschränkt.

310 Deswegen wollen wir mittelfristig ein rechtssicheres außerbudgetäres
311 Finanzinstrument schaffen, das die bestehenden Einzelprogramme ersetzt und den
312 gesamten militärischen Fähigkeitszyklus abdeckt – von Forschung über Beschaffung
313 bis hin zu Instandhaltung und Training. Die Ausgaben dieses Topfes müssen unter
314 strenger und abgestimmter Kontrolle des Europäischen Parlaments und der
315 nationalen Parlamente stehen.

316 Für einen gemeinsamen europäischen Rüstungsmarkt muss die EU-Kommission
317 Standardisierung, Zertifizierung und Normierung betreiben, um die gemeinsame
318 Einsatzfähigkeit von Waffensystemen sicherzustellen. Bei allen diesen Schritten
319 muss die Komplementarität mit Kommandostrukturen und Fähigkeiten der NATO
320 gesichert bleiben.

321 **Rüstungsexporte europäisch regulieren**

322 Die gemeinsame Entwicklung, Anschaffung und Nutzung von europäischen
323 Waffensystemen schafft mehr Sicherheit und Wirtschaftlichkeit. Damit senkt sie
324 auch den Druck, die Waffensysteme an Drittstaaten zu exportieren, und ist somit
325 auch ein Beitrag für eine gemeinsame wertebasierte Sicherheitspolitik. Für diese
326 EU-Gemeinschaftsprojekte braucht es einheitliche und restriktive europäische
327 Ausfuhrregeln. Wir wollen hierfür auf der Grundlage des gemeinsamen Standpunkts
328 der EU eine Rüstungsexportkontrollverordnung beschließen, die Transparenz und
329 Klarheit schafft sowie auf europäischen Werten und einer gemeinsamen
330 Einschätzung der Sicherheitslage beruht. Es muss klare Entscheidungsmechanismen
331 und vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) einklagbare Sanktionsmöglichkeiten
332 geben. Vorangehende Risikoanalysen sowie verbindliche und physische
333 Endverbleibskontrollen müssen dabei vorgeschrieben werden. Europäische Waffen
334 dürfen nicht weiter in die Hände von Regimen gelangen, die Menschenrechte
335 systematisch verletzen oder diese für Verbrechen der Aggression nutzen. Wir
336 setzen uns für ein Exportverbot für Überwachungstechnologien an repressive
337 Regime und für ein weitgehendes Exportverbot für Kleinwaffen an Drittstaaten
338 ein.

339 Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global mehr Sicherheit für alle. Gerade
340 in unsicheren Zeiten wollen wir die Rüstungskontrolle stärken und

341 Abrüstungsinitiativen fördern. Die EU muss sich für eine Stärkung des Vertrags
342 zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) einsetzen und ihre Mitgliedstaaten zum
343 schrittweisen Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag sowie zum Bekenntnis zu
344 Vision Global Zero ermutigen. Das Ziel unserer Bemühungen bleibt eine
345 atomwaffenfreie Welt. Die völkerrechtlichen Bemühungen um eine Regulierung von
346 autonomen Waffensystemen unterstützen wir. Es darf keinen Einsatz von
347 Waffensystemen geben, bei denen eine Maschine die letzte Entscheidung über Leben
348 und Tod trifft.

349 **Konflikten vorbeugen**

350 Wir setzen uns für eine vorausschauende Außen- und Sicherheitspolitik ein, die
351 Konflikte frühzeitig erkennt und ihnen begegnet. Wir wollen daher die EU-Mittel
352 für friedensfördernde zivile Akteure umfassend aufstocken. Dabei muss die EU
353 lokale zivilgesellschaftliche Konzepte und Akteure in der Friedensförderung
354 stärker unterstützen und Förderrichtlinien in diesem Zusammenhang
355 flexibilisieren. Die Fähigkeiten zur Friedenssicherung der UN und der
356 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie von
357 Regionalorganisationen wie der Afrikanischen Union wollen wir stärken.

358 Wir wollen zivile Missionen der GSVP als Instrument der EU-Außenpolitik durch
359 mehr finanzielle Ressourcen und Personal stärken, um zum Beispiel die Polizei
360 oder das Justizwesen in fragilen Staaten zu unterstützen. Mit rechtsstaatlichen
361 und bürgernahen Institutionen können sie Vertrauen aufbauen und Konflikten
362 vorbeugen. Eine Neuausrichtung der zivilen GSVP-Missionen auf
363 Migrationsmanagement lehnen wir ab.

364 Durch eine Politik der Prävention leisten wir auch einen wichtigen Beitrag zur
365 Fluchtursachenbekämpfung. Gefestigte lokale Strukturen und funktionierende
366 staatliche Institutionen mindern die Wahrscheinlichkeit von Konflikten, die
367 menschliches Leid erzeugen und Menschen zum Verlassen ihrer Heimat zwingen.

368 Die europäischen und internationalen Organisationen im Bereich der humanitären
369 Hilfe wollen wir stärken. Dazu zählen insbesondere eine bessere finanzielle
370 Ausstattung sowie effizientere Strukturen und Vergaberichtlinien der
371 europäischen Organisation für humanitäre Hilfe ECHO. Auch die nationalen
372 europäischen Hilfen wollen wir besser koordinieren. Schließlich wollen wir die
373 europäischen Organisationen in der Nothilfe verpflichten, stärker auf
374 geschlechterspezifische Bedürfnisse und die Bedürfnisse von marginalisierten
375 Gruppen zu achten.

376 **3. Globale Gerechtigkeit**

377 **Verlässliche Partnerin sein**

378 Im Mittelpunkt unseres entwicklungspolitischen Engagements stehen für uns die
379 Menschen, die wir bei ihrem Streben nach besseren Lebensverhältnissen vor Ort
380 unterstützen wollen. Damit stehen wir für eine andere Zusammenarbeit mit
381 Entwicklungs- und Schwellenländern als Autokratien. Chinas
382 Entwicklungsinitiativen haben oft zum Ziel, einseitige Abhängigkeiten zu
383 schaffen. Russland hat in seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die
384 Ukraine gezeigt, dass es bereit ist, Hunger als Waffe einzusetzen. Wir wollen,
385 dass die EU aktiv den Wettbewerb um die Partnerschaft mit dem Globalen Süden
386 aufnimmt und den begonnenen Weg eines koordinierten Vorgehens mit den
387 Mitgliedstaaten beim Aufbau von fairen Partnerschaften intensiviert. Dafür
388 stehen wir auf europäischer Ebene ein. Dies muss auch dem Erbe unserer
389 kolonialen Vergangenheit gerecht werden.

390 Wir wollen lokales Wissen und lokale Initiativen fördern, um den Aufbau von
391 Wirtschaftskreisläufen und sozialen Sicherungssystemen zu unterstützen. Dafür
392 wollen wir die bestehenden Instrumente der europäischen
393 Entwicklungszusammenarbeit im Dialog mit unseren Partnern weiterentwickeln.
394 Dafür muss die EU lokale und zivilgesellschaftliche Akteure in Hochschulen, NGOs
395 oder Start-ups stärken und Förderrichtlinien flexibilisieren. Auch die
396 Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft gehört dazu. Wir setzen uns dafür ein,
397 dass zivilgesellschaftliche und insbesondere Frauenrechtsorganisationen aus
398 Ländern des Globalen Südens nach dem Vorbild des kanadischen Equality Fund
399 direkt durch die EU gefördert werden.

400 Angesichts der globalen Herausforderungen bedarf es substanzieller Mittel für
401 die Entwicklungszusammenarbeit. Wir setzen uns dafür ein, dass alle EU-
402 Mitgliedstaaten das gegebene Versprechen einlösen, 0,7 Prozent des
403 Bruttonationaleinkommens für Entwicklungsfinanzierung (ODA-Quote) auszugeben. Es
404 kommt aber nicht nur auf die Quantität der Unterstützung an, sondern auch
405 darauf, Projekte partnerorientiert, schnell und unbürokratisch umzusetzen. Die
406 Entwicklungsgelder müssen vor allem den bedürftigsten Ländern zukommen und zur
407 Erfüllung der nachhaltigen Entwicklungsziele sowie des Pariser Klimaabkommens
408 beitragen. In Kooperation mit den Partnerstaaten wollen wir auch die soziale
409 Absicherung der Menschen stärken. Wir unterstützen den Aufbau sozialer
410 Sicherungssysteme als nachhaltiges Instrument gegen Armut.

411 Noch allzu häufig arbeiten EU-Kommission und Mitgliedstaaten im
412 entwicklungspolitischen Bereich nebeneinanderher. Wir unterstützen deswegen den
413 Team-Europe-Ansatz, der in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft eine bessere
414 sektorübergreifende Koordinierung, Kohärenz, Sichtbarkeit und Effektivität
415 anstrebt. Um Kohärenz und Transparenz zu erhöhen, setzen wir uns für
416 sektorübergreifende Evaluierungen und einen Transparenzmechanismus für
417 öffentliche Entwicklungszusammenarbeit in der EU ein. Das Europäische Parlament
418 wollen wir in entwicklungspolitische Entscheidungsprozesse besser einbeziehen.

419 **Ernährung global sichern**

420 Die multiplen Krisen unserer Zeit, allen voran die Klimakrise, bedeuten
421 existenzielle Herausforderungen für die Ernährungssicherheit weltweit. Die EU
422 muss sich für ein nachhaltiges und resilientes globales Ernährungssystem
423 einsetzen und damit zur Umsetzung des Rechts auf Nahrung beitragen.

424 Eine resiliente und produktive ökologische Landwirtschaft mit starken regionalen
425 Märkten ist das beste Mittel, um die Landwirtschaft widerstandsfähiger gegen
426 politische Krisen und die Folgen des Klimawandels zu machen. Projekte der
427 europäischen Entwicklungszusammenarbeit sollen verstärkt wirtschaftlich
428 tragfähige und ökologisch nachhaltige Anbausysteme mit möglichst geschlossenen
429 Nährstoffkreisläufen fördern. Europäische Agrarsubventionen, patentiertes
430 Saatgut und Landraub dürfen nicht länger kleinbäuerliche Strukturen und Märkte
431 in Ländern des Globalen Südens unterminieren und einseitige, teure
432 Abhängigkeiten schaffen. Viele traditionelle Anbaumethoden geraten immer mehr
433 unter Druck. Wir wollen den Auf- und Ausbau lokaler Saatgutbanken fördern, damit
434 traditionelles Wissen und die biologische Vielfalt erhalten und zugänglich
435 bleiben. Wir wollen uns im Rahmen der EU für striktere Mechanismen zur
436 Verhinderung von exzessiven Nahrungsmittelspekulationen, vor allem in
437 Notsituationen, einsetzen. Exporte von chemisch-synthetischem Dünger und
438 Pestiziden, die in der EU verboten sind, wollen wir beenden.

439 Die Förderung nachhaltiger Landwirtschaft in Entwicklungs- und Schwellenländern
440 muss dabei im Rahmen von umfassenden Strategien zur Stärkung von
441 Ernährungssystemen umgesetzt werden, inklusive Zugang zu Technologien,
442 Infrastrukturen, Märkten und Finanzmitteln.

443 **Globale Verantwortung annehmen**

444 Noch immer belastet das Erbe der Kolonialzeit die Beziehungen zwischen Europa
445 und ehemaligen Kolonien. Es zeigt sich etwa in der ungleichen globalen
446 Vermögensverteilung, in wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen oder
447 fehlender Repräsentanz. Die Mitgliedstaaten der EU müssen sich ihrer
448 historischen Verantwortung stellen, die sich aus den Verbrechen der
449 Kolonialgeschichte ergibt, und Machtungleichgewichte in den Blick nehmen. Dafür
450 braucht es eine antirassistische Perspektive. Wir wollen benachteiligende
451 Klauseln in Handelsabkommen korrigieren und Reformen bei den Entwicklungsbanken
452 vorantreiben. In internationalen Natur- und Umweltschutzabkommen wollen wir die
453 Menschen- und Landrechte indigener und lokaler Gemeinschaften besser achten. Die
454 europäische Entwicklungszusammenarbeit wollen wir in Kooperation mit
455 Partnerländern und Zivilgesellschaft im Sinne einer kritischen Reflexion von
456 Machtverhältnissen kontinuierlich evaluieren und weiterentwickeln. Viele
457 Entwicklungs- und Schwellenländer befinden sich in einer Schuldenkrise, die ihre
458 Handlungsmöglichkeiten für sozialökologische Modernisierungsprozesse massiv

459 einschränkt. Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen sich für solide
460 Schuldenrestrukturierungen und Schuldenerlasse für besonders belastete Länder
461 einsetzen. Dazu muss auch ein bei den UN angesiedeltes, transparentes und
462 unabhängiges Schuldenrestrukturierungsverfahren für Staaten unter Einbezug von
463 privaten Gläubiger*innen gehören. Wir wollen verhindern, dass europäische
464 Rechtsräume zur Geldwäsche oder für die Steuervermeidung missbraucht werden, was
465 die finanziellen Handlungsspielräume von Ländern des Globalen Südens weiter
466 einschränkt.

467 **4. Fairer Handel**

468 **Mit Handel Wohlstand schaffen**

469 Handel fördert den Austausch zwischen Menschen und Gesellschaften und kann
470 Wohlstand mehren. Das hat die EU selbst gezeigt, deren Binnenmarkt sie bis heute
471 als eine wesentliche Säule trägt. Besonders in Deutschland hängt unser Wohlstand
472 aufgrund der starken Exportorientierung unserer Wirtschaft von einem gut
473 funktionierenden globalen Handel ab. Es ist daher eine politische Aufgabe der
474 EU, ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluss so zu nutzen, dass sie durch
475 Handelspolitik Wertschöpfung fördert und zusätzlich weltweit Standards für
476 soziale Gerechtigkeit, Klima- und Naturschutz sowie Menschenrechte beeinflusst.
477 Auf diese Weise schützen wir auch unsere eigenen Standards vor einem
478 Unterbietungswettbewerb und wirken damit im Sinne unserer Werte und Interessen.

479 Die Krisen der letzten Jahre, Pandemie, Extremwetter und Krieg, haben gezeigt,
480 dass wir Risiken bei Lieferketten und dem Zugang zu Rohstoffen reduzieren
481 müssen. Eine vorausschauende, offene Handelspolitik, die zuverlässige
482 Partnerschaften knüpft, liefert dazu einen wichtigen Beitrag. Dazu müssen wir
483 europäische Unternehmen dabei unterstützen, ihre Investitionstätigkeiten und
484 Wertschöpfungsketten breiter zu streuen.

485 **Handelsinstrumente neu ausrichten**

486 Globaler Handel braucht globale Regeln. Die Welthandelsorganisation (WTO) ist
487 der bestmögliche Rahmen, um diese Regeln zu formulieren, zu überprüfen und
488 eventuelle Streitigkeiten auszutragen. Wir wollen die WTO grundlegend
489 reformieren, damit sie dieser Rolle wieder gerecht werden kann. Dabei müssen
490 auch gute Arbeitsstandards, Klima- und Umweltschutz, Zugang zu
491 Gesundheitsprodukten und grünen Technologien sowie eine faire Entwicklung in das
492 Zentrum der globalen Handelspolitik gestellt werden.

493 Doch die WTO ist aufgrund der angespannten geopolitischen Lage aktuell kaum noch
494 handlungsfähig und die Bereitschaft zu einer Reform global gesehen gering. Wir
495 setzen daher verstärkt auf regionale Handelsabkommen auf Augenhöhe mit Partnern

496 wie Australien, Indien, den Ländern Lateinamerikas oder der südostasiatischen
497 Staatengemeinschaft ASEAN, die sich ebenfalls zu einem regelbasierten Welthandel
498 bekennen.

499 Wir setzen uns dafür ein, dass Nachhaltigkeitsziele und Menschenrechte in alle
500 zukünftigen internationalen Handelsabkommen aufgenommen und einklagbar werden.
501 Im Falle eklatanter Missachtung der Menschenrechte oder bei Verstößen gegen das
502 Pariser Klimaabkommen, sollte die EU konsequent von diesen Klauseln Gebrauch
503 machen oder das Abkommen aussetzen. Das kürzlich abgeschlossene
504 Freihandelsabkommen zwischen der EU und Neuseeland ist ein Vorbild für
505 einklagbare Nachhaltigkeitsstandards.

506 Wir wollen das Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des
507 geistigen Eigentums (TRIPS) neu ausrichten. Damit werden wir den Transfer von
508 klimafreundlichen Technologien und wichtigen Gesundheitstechnologien aus dem
509 Globalen Norden in den Süden unterstützen, um die Entwicklung der dortigen
510 Wirtschaft zu fördern und weltweite Emissionen zu senken.

511 Die Digitalisierung kann global gerechten Handel wesentlich vereinfachen, etwa
512 indem sie die Überwachung der Lieferketten automatisiert. In den Handelsabkommen
513 der EU und in ihren Handelsinstrumenten müssen der digitale Handel von Gütern
514 und Dienstleistungen, geistige Eigentumsrechte, Datenschutz und Netzneutralität
515 stets mitgedacht werden. Dies erfordert eine Überarbeitung der europäischen
516 Handelsinstrumente in den Bereichen Datenbestimmungen, Datenlokalisierung,
517 Forschung und Entwicklung, nationale Steuersysteme und digitaler Binnenmarkt.

518 Zudem wollen wir die demokratische Kontrolle von Handelsabkommen verbessern. Vor
519 Beginn der Verhandlungen sollte das Europäische Parlament das Verhandlungsmandat
520 gemeinsam mit dem Rat der EU bestimmen.

521 Wenn EU-Industrien durch unfaire Handelspraktiken geschädigt werden, müssen
522 handelspolitische Schutzinstrumente der EU eine wirksame Antwort bieten, um den
523 fairen Wettbewerb zu schützen. Umgekehrt wollen wir gerade weniger
524 industrialisierten Staaten einen offenen Dialog anbieten und ihnen in
525 Handelsabkommen eine faire Chance zu einer Industriepolitik mit dem Ziel eigener
526 Wertschöpfung einräumen. In diesem Bereich haben wir durch eine stetige
527 Erweiterung unseres handelspolitischen Werkzeugkastens schon vieles erreicht.
528 Zum Beispiel durch das Instrument gegen Zwangsmaßnahmen (Anti-Coercion-
529 Instrument), mit dem sich die EU gegen einseitige Zwangsmaßnahmen von
530 Handelspartnern wehren kann.

531 **Im Einklang mit dem Klima handeln**

532 Wir wollen unsere Wirtschaft klimaneutral umbauen und zu einer starken
533

534 Kreislaufwirtschaft weiterentwickeln. Dazu gehört, mit unseren Handelspartnern
535 gemeinsam Standards zu entwickeln, damit globale Märkte für grüne Produkte wie
klimaneutralen Stahl entstehen können.

536 Die Einführung des Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) ist ein wichtiger Schritt,
537 um eine faire CO₂-Bepreisung im Welthandel einzuführen und das EU-
538 Emissionshandelssystem zu ergänzen und abzusichern. Dadurch werden Importe von
539 bestimmten Produkten wie etwa Stahl oder Zement aus Ländern ohne Emissionshandel
540 teurer, wenn diese in klimaschädlichen Verfahren hergestellt werden. Der CBAM
541 unterstützt damit auch die Modernisierung unserer Industrie, indem er
542 beispielsweise die Produzenten von grünem Stahl vor außereuropäischer Konkurrenz
543 durch fossil hergestellten Stahl schützt und einen fairen Wettbewerb
544 sicherstellt.

545 Es ist wichtig, dass wir Investitionen in fossile Brennstoffe und andere
546 klimaschädliche Aktivitäten beenden und stattdessen Anreize für nachhaltige
547 Investitionen setzen. Dies erfordert eine grundlegende Änderung des Modells für
548 bilaterale EU-Investitionsverträge. Der Ausstieg aus dem klimaschädlichsten
549 Investitionsschutzvertrag der Welt – dem Energiechartavertrag – von Deutschland
550 und anderen EU-Ländern ist ein großer Erfolg. Wir kämpfen jetzt folgerichtig für
551 einen Austritt der gesamten EU aus dem Energiechartavertrag.

552 Das Gesetz zu entwaldungsfreien Lieferketten ist ein wichtiger Baustein bei dem
553 Ziel, die gravierenden Abholzungsraten weltweit zu bekämpfen.

554 **Auf faire Partnerschaften setzen**

555 Als globale Wirtschaftsakteurin muss die EU bei einer zukunftsorientierten
556 Handelspolitik Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ins Zentrum rücken. Die
557 Gesetze zur Regulierung der europäischen Lieferketten sind ein wichtiger Hebel,
558 um diese Ziele zu erreichen. Damit übernimmt die EU Verantwortung dafür,
559 weltweit effektiv Sozial- und Umweltdumping zurückzudrängen.

560 Die Ratifizierung und Umsetzung der Kernarbeitsnormen der Internationalen
561 Arbeitsorganisation (ILO) sollte als Mindestanforderung für jedes
562 Handelsabkommen angesehen werden. Handelsabkommen müssen auch die Anliegen von
563 indigenen Völkern und Gemeinschaften vor Ort berücksichtigen und ihre Rechte
564 schützen.

565 Es gibt derzeit mehr als 25 Millionen Zwangsarbeiter*innen auf der Welt.
566 Produkte aus dieser heutigen Art der Sklaverei haben auf dem EU-Binnenmarkt
567 nichts verloren. Das EU-Importverbot für Produkte aus Zwangsarbeit, welches
568 gerade verhandelt wird, muss daher konsequent umgesetzt werden.

569 Die Wirtschaftsbeziehungen mit Entwicklungs- und Schwellenländern müssen wir
570 fair gestalten. Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit den Staaten
571 Afrikas, der Karibik und des Südpazifiks wollen wir im Sinne eines fairen und
572 entwicklungsorientierten Handels überprüfen. Dazu gehört es, die besonderen
573 Vorteile der Least Developed Countries, die es diesen Ländern erlauben, Waren
574 zollfrei in die EU einzuführen, auch als Teil von EPAs zu garantieren und den
575 Staaten des Globalen Südens eine aktive Industriepolitik zu ermöglichen.

576 **5. Mehr EU in Europa**

577 **Erweiterungsperspektiven**

578 Die Erweiterung der EU ist eine Erfolgsgeschichte und liegt in unserem ureigenen
579 Interesse. Sie stärkt unsere Sicherheit, unsere Stabilität und unseren
580 Wohlstand. Deswegen ist es unsere Verantwortung, die Kandidatenländer aktiv zu
581 unterstützen. Klare Kriterien für den Beitritt wollen wir in einem fairen
582 Beitrittsprozess mit verbindlichen Angeboten der Zusammenarbeit verknüpfen.
583 Damit eine erweiterte EU handlungsfähig bleibt, muss sie ihre Strukturen
584 reformieren: Erweiterung und Reformen müssen Hand in Hand gehen.

585 Alle Kandidatenstaaten müssen die Kopenhagener Kriterien, die Beitrittskriterien
586 der EU, ohne Abstriche erfüllen und das gemeinsame Recht der EU, den *acquis*
587 *communautaire*, vollumfänglich übernehmen.

588 Indem wir die EU-Erweiterung schrittweise voranbringen, dynamisieren wir den
589 langwierigen und oft schwerfälligen Beitrittsprozess und sichern die
590 Glaubwürdigkeit des europäischen Projekts. Es muss deutlich sichtbarere werden:
591 Allein das Reformtempo in den Beitrittsländern bestimmt das Beitrittstempo.
592 Deswegen wollen wir den Beitrittsprozess mit sichtbaren Zwischenschritten
593 gestalten und diese mit positiven Anreizen anerkennen, zum Beispiel dem Zugang
594 zu Roaming, Erasmus+ oder Teilen des Binnenmarkts. Ein Stillstand der
595 Verhandlungen über einen längeren Zeitraum oder gar Rückschritte sollten im
596 Umkehrschluss zu einem Wegfall der Vorteile führen. Ein Fokus im
597 Beitrittsprozess muss auf dem Kampf gegen Korruption und Organisierte
598 Kriminalität liegen. Dazu wollen wir die Mandate der EU- Antikorruptionsbehörde
599 OLAF und der Europäischen Staatsanwaltschaft auf die Beitrittskandidaten und die
600 von ihnen eingesetzten EU-Mittel ausweiten.

601 Zentral ist für uns auch die Stärkung der Zivilgesellschaften in den
602 Beitrittsstaaten, ihre Vernetzung untereinander und mit den Mitgliedstaaten der
603 EU. Auf dem Weg in die EU ist uns eine enge Zusammenarbeit mit allen
604 demokratischen Kräften der Beitrittsländer auch jenseits der Regierungen
605 wichtig. Regierungsvertreter*innen der Beitrittsländer sollen an ausgewählten
606 Sitzungen des Rats der EU teilnehmen können.

607 **Westbalkanstaaten**

608 Die Zukunft der sechs Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien und Herzegowina,
609 Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien liegt in der EU.

610 Das Versprechen eines EU-Beitritts ist weiterhin ein wichtiger Motor für den
611 sensiblen Friedens- und Aussöhnungsprozess in den Ländern des Westbalkans.
612 Dieses Beitrittsversprechen darf die EU nicht aufs Spiel setzen. Der Beginn der
613 Beitrittsgespräche mit Albanien und Nordmazedonien, der Kandidatenstatus für
614 Bosnien und Herzegowina sowie die Visaliberalisierung für Kosovo sind wichtige
615 Fortschritte auf dem Weg in die EU.

616 Gleichzeitig bleiben die Herausforderungen angesichts von Korruption,
617 Organisierter Kriminalität, schwacher rechtsstaatlicher Strukturen und teils
618 unzureichender Aufarbeitung der Kriegsverbrechen groß. Bei deren Bewältigung
619 wollen wir die Staaten im Beitrittsprozess intensiv unterstützen. Die
620 Zivilgesellschaften der Region wollen wir noch besser fördern, besonders auch
621 die grenzüberschreitende Jugendarbeit in der Region stärken und eine inklusive
622 Erinnerungskultur unterstützen. Im Rahmen der Grünen Agenda für den Westbalkan
623 wollen wir die Region beim Ausbau guter Arbeitsplätze, erneuerbarer Energien und
624 nachhaltiger Investitionen schnell und effektiv unterstützen.

625 **Ukraine**

626 Die Ukraine steht in der Mitte der europäischen Familie. Ihr Platz ist in der
627 EU. Millionen Ukrainer*innen stellen sich täglich dem völkerrechtswidrigen
628 russischen Angriffskrieg mutig entgegen: Sie wehren sich gegen den brutalen
629 Versuch Russlands, ihr Land zu unterwerfen und ihre Kultur auszulöschen, das
630 Völkerrecht und die europäische Friedensordnung zu zerstören.

631 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU in ihrer humanitären, politischen,
632 finanziellen und auch militärischen Unterstützung der Ukraine nicht nachlässt.
633 Wir werden die Ukraine weiterhin entschlossen unterstützen, damit sie ihre
634 Souveränität und volle territoriale Integrität wiedererlangen und verteidigen
635 kann. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine, ihrer Menschen und ihres Rechts
636 auf Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstverteidigung und unterstützen den
637 Wunsch zu einem nachhaltigen Frieden und zu robusten, zuverlässigen
638 Sicherheitsgarantien.

639 Auch auf dem Weg in die EU werden wir die Ukraine umfassend unterstützen. Beide
640 Seiten profitieren von einem geordneten und zügigen Beitrittsprozess. Wir setzen
641 dabei auf Transparenz, Rechtsstaatlichkeit, konsequente Korruptionsbekämpfung
642 und eine aktive Rolle der Zivilgesellschaft und der regionalen und kommunalen
643 Ebene.

644 Wir setzen uns dafür ein, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten den Wiederaufbau
645 der Ukraine finanziell, technisch und mit Investitionen engagiert unterstützen.
646 Dazu bedarf es auch großer finanzieller Anstrengungen und erheblich
647 beschleunigter Verfahren, um schnelle Ergebnisse zu erzielen und das Land gegen
648 die russischen Angriffe zu stärken.

649 Wir setzen auf vielfältige internationale Ermittlungs- und Justizorgane, die
650 russische Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen
651 einschließlich des Verbrechens des Aggressionskriegs aufklären und bestrafen.
652 Ein internationaler Mechanismus soll über die Wiedergutmachung der Sach- und
653 Personenschäden durch Russland an die Ukraine entscheiden und so eine
654 Rechtsgrundlage zur Heranziehung Russlands zur Finanzierung des Wiederaufbaus
655 der Ukraine schaffen.

656 Die Wirtschaft der Ukraine ist durch den Krieg massiv geschwächt. Wir möchten,
657 dass die EU die Wirtschaft der Ukraine durch Makrofinanzhilfen weiter
658 stabilisiert und diese als Zeichen der Solidarität und als Beitrag zur
659 europäischen Sicherheit fortsetzt. Dazu gehört auch, den Ausbau alternativer
660 Exportwege für ukrainische Agrarprodukte jenseits des Schwarzen Meeres
661 (solidarity lanes) weiter voranzutreiben. Das hilft der Ukraine wirtschaftlich
662 und trägt zur globalen Ernährungssicherung bei.

663 **Georgien und Moldau**

664 Die Zukunft Moldaus und Georgiens liegt in der EU. Beide Länder sind seit Langem
665 Ziel von militärischer Aggression und Destabilisierungsversuchen Russlands.
666 Diese sind seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine
667 intensiviert worden. Wir stehen entschlossen zur Souveränität und territorialen
668 Integrität der beiden Länder. Wir werden Moldau und Georgien auf ihrem Weg in
669 die EU tatkräftig unterstützen, gleichzeitig aber auch die dafür nötigen
670 Reformen einfordern. Insbesondere Moldau hat als EU-Beitrittskandidat seit 2020
671 einen mutigen und ambitionierten Reformkurs eingeschlagen, den wir konsequent
672 unterstützen.

673 **Europäische Nachbarschaft**

674 Die europäische Familie ist größer als die EU. Wir möchten eine EU, die
675 konstruktiv mit ihren europäischen Nachbarn zusammenarbeitet.

676 Die Zusammenarbeit der EU mit dem Europarat bei der Förderung und Verteidigung
677 von Demokratie und Menschenrechten auf dem europäischen Kontinent möchten wir
678 intensivieren.

679 Wir begrüßen die Europäische Politische Gemeinschaft als eine Plattform zur

680 engeren Zusammenarbeit mit europäischen Staaten, unabhängig davon, ob diese eine
681 EU-Mitgliedschaft anstreben oder nicht. Insbesondere im Bereich Energie ist
682 diese Zusammenarbeit im ausgeprägten europäischen Interesse.

683 Wir möchten, dass die EU und das Vereinigte Königreich weiter konstruktiv daran
684 arbeiten, ihre Beziehungen nach dem Brexit wieder zu intensivieren. Eine enge
685 wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit von EU und Vereinigtem
686 Königreich ist im beiderseitigen Interesse. Wir begrüßen, dass das Vereinigte
687 Königreich wieder in das EU-Forschungsprogramm Horizont Europa einsteigt.
688 Gleichzeitig erwarten wir, dass die britische Regierung praktische Hürden beim
689 Austausch und der Zusammenarbeit mit der EU, zum Beispiel bei den Studierenden-
690 Visa, möglichst rasch abbaut.

691 Die OSZE wollen wir angesichts der Herausforderungen durch den russischen
692 Angriffskrieg gegen die Ukraine als wichtiges Forum für Dialog und
693 Krisenprävention bewahren. Sie kann in der Gestaltung der Nachkriegsordnung in
694 Osteuropa eine zentrale Rolle spielen.

695 **Türkei**

696 Die Türkei und die EU – und dabei ganz besonders Deutschland – verbindet eine
697 langjährige Freundschaft und Partnerschaft, die sich in engen
698 gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen niederschlägt.
699 Wir glauben, dass eine demokratische Türkei, in der die Rechte aller ihrer
700 Bürger*innen geachtet werden, einen festen Platz in der europäischen Familie
701 hat.

702 Derzeit sieht die politische Realität leider anders aus: Die türkische Regierung
703 hat sich in den vergangenen Jahren immer weiter von Rechtsstaatlichkeit und
704 Menschenrechten entfernt. Mit einer aggressiven Außen- und Regionalpolitik
705 richtet sich Ankara zum Teil offensiv gegen europäische Interessen. Die
706 anfängliche Blockade des schwedischen NATO-Beitritts oder die
707 völkerrechtswidrige Militäroffensive in Nordsyrien zeigen zugleich, was für eine
708 schwierige Partnerin die Türkei für Europa und die NATO in der aktuellen
709 Sicherheitslage ist. Gleichzeitig hat sie sich als Vermittlerin im Krieg gegen
710 die Ukraine und darüber hinaus engagiert.

711 Die Türkei bleibt trotz dieser ambivalenten Rolle eine strategische Partnerin
712 für die NATO, für Europa und für Deutschland. Diesem Dilemma stellt sich eine
713 aktive GRÜNE Außenpolitik. Für uns kann es eine Wiederaufnahme der Gespräche
714 über einen EU-Beitritt erst dann wieder geben, wenn die Türkei glaubhaft den Weg
715 zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einschlägt.

716 Wir unterstützen die Zusammenarbeit in den Bereichen, in denen sie notwendig und
717

718 möglich ist, etwa zur Sicherheit im Schwarzen Meer oder bei der Bekämpfung des
719 Klimawandels. Der autoritären Politik und nationalistischen Rhetorik aber, die
720 sich offen gegen die EU, gegen die Sicherheit von türkischen Oppositionellen in
721 der EU, gegen Kurd*innen und andere Minderheiten oder gegen Menschenrechts-
722 Verteidiger*innen im eigenen Land wenden, treten wir entschieden entgegen. Die
723 türkische Regierung muss die unzähligen politischen Gefangenen aus der Haft
724 entlassen und den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte
Folge leisten.

725 Wir stehen weiterhin fest an der Seite der vielen Türk*innen, die sich für
726 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit engagieren. Wir möchten, dass die EU die
727 türkische Zivilgesellschaft, die sich für einen demokratischen Wandel einsetzt,
728 besonders unterstützt.

729 **6. Ein starkes Europa in der Welt**

730 **Die östliche Nachbarschaft der EU**

731 Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine ist eine Zäsur für die EU und unseren
732 Kontinent. Die EU ist aufgefordert, neue Antworten auf ihre Nachbarschaft zu
733 einem feindseligen Russland zu finden. Für unsere osteuropäischen Partner der EU
734 braucht es zielgerichtete Politiken einer neuen EU-Politik für Osteuropa und
735 Zentralasien, die besonders die veränderten Sicherheitsinteressen unserer
736 Partner in den Blick nehmen. Gleichzeitig müssen wir die demokratischen
737 Reformkräfte und Zivilgesellschaften in den durch russische Einmischung
738 bedrohten europäischen Nachbarstaaten Russlands besonders unterstützen.

739 Wir stehen fest an der Seite der mutigen Menschen, die sich in Belarus seit den
740 Protesten rund um die gefälschten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2020
741 unermüdlich für Demokratie und Menschenrechte in ihrem Land einsetzen. Wir
742 werden uns weiterhin solidarisch und mit Nachdruck für die Unterstützung der
743 belarusischen Zivilgesellschaft und Opposition, die Freilassung aller
744 politischen Gefangenen, die Sanktionierung des belarusischen Regimes und für
745 freie und faire Wahlen im Land einsetzen.

746 Diktator Lukaschenka und sein Regime haben sich in Belarus und durch die
747 Unterstützung des russischen Angriffskriegs in der Ukraine schwerer
748 Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen schuldig gemacht. Dafür müssen
749 sie zur Rechenschaft gezogen werden. Wir setzen uns insbesondere dafür ein, dass
750 die EU die Sammlung und Sicherung von Beweismaterial unterstützt.

751 Die EU kann und sollte sich stärker in allen Ländern des Südkaukasus engagieren
752 und bestehende Demokratiebewegungen und die Zivilgesellschaft aktiv
753 unterstützen. Armeniens Weg für mehr politische Teilhabe und persönliche

754 Freiheiten wurde durch russischen Druck und den Krieg um Bergkarabach massiv
755 erschwert. Wir begrüßen daher die EU-Beobachtungsmission in Bergkarabach als
756 wichtigen Schritt, den fortwährenden Konflikt zwischen Aserbaidschan und
757 Armenien zu befrieden. Die EU kann hier als stabilisierender Mittler agieren und
758 dadurch zugleich die demokratischen Reformkräfte Armeniens stärken.

759 Putin und sein Machtregime haben Russland in eine totalitäre Diktatur gewandelt.
760 Sicherheit in Europa kann es aktuell nur vor Russland geben – und nicht mit
761 Russland. Gewalt, Lüge, Korruption und Willkür prägen die politische Realität.
762 Die Zivilgesellschaft wurde mundtot gemacht, die Opposition befindet sich
763 entweder im Exil oder in politischer Gefangenschaft. Wir werden uns weiterhin
764 für die Freilassung aller politischen Häftlinge einsetzen. Wir sehen uns als
765 Freunde und Partner derer, die ein freies, friedliches und demokratisches
766 Russland wünschen. Wir verstehen uns als harte Widersacher all jener, die das
767 verbrecherische Regime um Putin stützen. Wir unterstützen daher die europäische
768 Sanktionspolitik gegen das Regime und seine Vertreter*innen. Wirtschafts- und
769 handelspolitische Normalität kann es mit diesem Russland nicht geben.

770 Wir begrüßen den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen den
771 russischen Präsidenten. Er hat sich schlimmster Menschenrechtsverbrechen
772 schuldig gemacht und muss dafür mit voller Härte des Rechts zur Rechenschaft
773 gezogen werden.

774 **Transatlantische Beziehungen**

775 Mit keinem Land außerhalb Europas verbindet uns Europäer*innen zugleich eine so
776 tiefe gemeinsame Geschichte und eine so starke Partnerschaft wie mit den USA.
777 Die USA haben nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Ende des Kalten Kriegs
778 maßgeblich zur politischen Einigung auf dem europäischen Kontinent und zur
779 Wiedervereinigung Deutschlands beigetragen.

780 Die transatlantischen Beziehungen sind aber auch von zentraler Bedeutung für
781 unsere europäische Gegenwart und Zukunft. Seit dem russischen Angriffskrieg auf
782 die Ukraine haben die USA mehr als jedes andere Land dazu beigetragen, die
783 Friedensordnung in Europa zu verteidigen und die politische Einheit der
784 europäisch-atlantischen Allianz zu sichern. Die derzeitige US-Administration ist
785 ein strategischer Partner: für unsere Sicherheit, für die klimagerechte
786 Erneuerung unseres Wohlstands und für die Selbstbehauptung der liberalen
787 Demokratie.

788 Gemeinsam sind wir stärker in der systemischen Auseinandersetzung mit China,
789 Russland und anderen autoritären und totalitären Regimen. Gemeinsam können wir
790 globale Wertepartnerschaften und multilaterale Foren und Vereinbarungen sichern
791 und ausbauen. Gemeinsam können wir die globale Handelsordnung gestalten und den
792 klimaneutralen Umbau unserer Industrien voranbringen. Und gemeinsam können wir

793 Zukunftstechnologien entwickeln und sie zugleich zum Wohle der Menschen und
794 ihrer Freiheit aktiv gestalten.

795 Eine starke transatlantische Beziehung benötigt handlungsfähige und
796 handlungsbereite Partner auf beiden Seiten des Atlantiks. Deshalb braucht es
797 mehr europäische Anstrengungen, um eigene sicherheits-, verteidigungs- und
798 wirtschaftspolitische Kapazitäten zu entwickeln. Antiliberale Tendenzen auf
799 beiden Seiten des Atlantiks gefährden das Wertefundament, auf dem die
800 transatlantische Partnerschaft basiert. Ihnen gilt es entschieden
801 entgegenzutreten.

802 Das bedeutet auch, dass wir die strategische Partnerschaft mit den USA
803 gleichzeitig intensivieren und diversifizieren müssen. Diversifizierung heißt
804 zum einen, die transatlantischen Beziehungen auf ein breiteres Fundament zu
805 stellen – durch den Ausbau von Partnerschaften mit Bundesstaaten, Städten,
806 Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft. Und Diversifizierung heißt zum
807 anderen, einseitige Abhängigkeiten zu reduzieren – durch eine Stärkung der
808 eigenständigen Handlungsfähigkeit der EU.

809 Der gemeinsame Handels- und Technologierat (TTC) der EU und der USA ist ein
810 geeignetes Forum, um gemeinsame Antworten auf globale Herausforderungen zu
811 entwickeln. Einer Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen mit den USA stehen
812 wir offen gegenüber, wenn die soziale und ökologische Standardsetzung dabei dem
813 Prinzip des „Race to the Top“ folgt.

814 **China**

815 Für uns ist China Partner, wirtschaftlicher Wettbewerber und systemischer
816 Rivale. Durch Chinas zunehmend aggressives Auftreten auf der globalen Bühne
817 tritt die Partnerschaft jedoch zunehmend in den Hintergrund. Wir sind besorgt
818 über die politische Entwicklung in China. Sie trägt zu einer weiteren
819 Verschärfung der Differenzen zwischen Europa und China bei. Im Innern handelt
820 die chinesische Führung repressiver und autoritärer; nach außen verfolgt sie
821 inzwischen offen hegemoniale Ambitionen und versucht aggressiv, den eigenen
822 globalen Einfluss zu erweitern. Dazu gehört eine enge Partnerschaft mit
823 Russland. Deswegen setzen wir uns für eine engere Koordination der
824 Mitgliedstaaten und der EU als Institution sowie für einen strukturierten
825 Informationsaustausch und eine engere transatlantische Koordinierung des
826 Verhältnisses zu China ein.

827 Die EU muss ihre einseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeiten von China, zum
828 Beispiel bei Rohstoffen und Medikamenten, deutlich schneller reduzieren und die
829 europäische Wirtschaft dabei unterstützen, langfristig wettbewerbsfähig zu
830 bleiben. Ohne eine ambitionierte, eigenständige Industrie- und
831 Investitionspolitik kann dies nicht gelingen. Dabei ist es zentral, dass die EU

832 einen eigenständigen Kurs gegenüber China formuliert. Stimmen, die einer
833 kompletten Entkopplung von China das Wort reden, erteilen wir dagegen eine
834 Absage.

835 China ist der größte Handelspartner der EU, aber nur unser drittgrößter
836 Exportmarkt. Das Handelsdefizit wächst: Importe aus China nehmen zu, die Exporte
837 nach China ab. Noch gibt es in China Abhängigkeiten von Technologien aus Europa,
838 zudem ist der europäische Markt für chinesische Konzerne attraktiv. Die EU kann
839 hier den bestehenden Handlungsspielraum besser und selbstbewusster nutzen, vor
840 allem im Bereich der Transparenzpflichten chinesischer Konzerne bei Arbeits-,
841 Sozial-, Umwelt-, aber auch Sicherheitsstandards. Der Schutz Kritischer
842 Infrastruktur vor dem Zugriff chinesischer Investitionen muss nachhaltig und in
843 der gesamten EU gewährleistet werden.

844 Wir unterstützen die Einführung und den Einsatz des Anti-Coercion-Instruments
845 der EU sowie einen koordinierten Ansatz bei Exportrestriktionen im Bereich
846 sensibler Technologien. Mit gemeinsamen Instrumenten kann sich die EU besser
847 gegen wirtschaftliche Erpressungsversuche verteidigen und eine abschreckende
848 Wirkung erzielen.

849 Die massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen gegen Uigur*innen in
850 der Provinz Xinjiang, aber auch gegen Tibeter*innen, religiöse Minderheiten und
851 Vertreter*innen der Zivilgesellschaft durch die chinesische Regierung müssen
852 beendet werden. Der Schutz der Menschenrechte ist Grundlage europäischer
853 Politik. Produkte aus Zwangsarbeit in China dürfen keinen Zugang zum
854 europäischen Markt bekommen.

855 Wir halten an der Ein-China-Politik der EU fest. Gleichzeitig erkennen wir an,
856 dass das Eskalationsrisiko in der Taiwan-Straße durch die Erhöhung des
857 militärischen Drucks der Volksrepublik China deutlich zugenommen hat. Wir
858 betrachten Taiwan als demokratischen Wertepartner und setzen uns dafür ein, den
859 wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Austausch zu intensivieren.

860 Bei zentralen globalen Herausforderungen wie der Schuldenkrise der
861 Entwicklungsländer, der Finanzierung von wirtschaftlicher Modernisierung sowie
862 bei Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen werden wir, wo immer dies möglich ist,
863 mit China zusammenarbeiten. Dies gilt auch für den globalen Gesundheitsschutz,
864 den Schutz der Biodiversität oder den Schutz der Weltmeere. In diesen und
865 weiteren Bereichen bleiben wir auf Basis der universellen Erklärung der
866 Menschenrechte und der Kernprinzipien der multilateralen Ordnung offen für
867 Kooperation.

868 **Naher Osten und Nordafrika**

869 Der Nahe Osten und Nordafrika ist eine Region im Umbruch und ein wichtiger
870 Nachbar für die EU. Die Hoffnung der Revolutionsbewegungen in der Region blieb
871 weitestgehend unerfüllt, und in den vergangenen Jahren haben sich wieder
872 autoritäre Akteure in der Region verfestigt. Wir wollen aber trotz der
873 schwierigen Lage eine enge Zusammenarbeit anstreben, die die wirtschaftliche
874 Entwicklung zugunsten der Menschen unterstützen soll. Ihr Wunsch nach einem
875 Leben in Würde und Sicherheit und mehr politischer Teilhabe soll im Zentrum der
876 europäischen Nahostpolitik stehen.

877 Große Potenziale liegen beim Ausbau der erneuerbaren Energien. In der
878 Zusammenarbeit von kleinen und mittleren Unternehmen sehen wir dabei eine
879 besondere Chance, um Strukturen jenseits der oft staatsdominierten
880 Großunternehmen in der Region zu stärken.

881 In der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft muss die EU verlässliche
882 Partnerin sein für all diejenigen, die frauen- und menschenrechtliche
883 Perspektiven schaffen und Freiheit und Selbstbestimmung voranbringen wollen.
884 Durch die Geschichte von Kolonialismus und jahrzehntelanger Unterstützung
885 autoritärer Regierungen trägt Europa hier eine besondere Verantwortung.

886 Wir wollen eine Migrationspolitik gestalten, die uns nicht von autoritären
887 Regimen in der Region erpressbar macht. Eine einseitige Fokussierung auf
888 Flüchtlingsabwehr im Verhältnis zu den südlichen Mittelmeeranrainern stützt
889 autoritäre und dysfunktionale Regime, die selbst Fluchtgründe schaffen.

890 Die Existenz und die Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen
891 Volkes mit gleichen Rechten für all seine Bürger*innen sind unverhandelbar. Für
892 Frieden und Sicherheit braucht es eine Zweistaatenregelung mit der Schaffung
893 eines souveränen, lebensfähigen und demokratischen Staates Palästina.

894 Im Iran stehen wir an der Seite der Protestbewegung, die sich für feministische
895 Prinzipien und einen freiheitlichen und demokratischen Staat einsetzt. Wir
896 treten dafür ein, dass die EU die Sanktionen gegen die Verantwortlichen des
897 Regimes aufrechterhält und erweitert. Die iranische Revolutionsgarde muss
898 rechtssicher als Terrororganisation gelistet werden. Zudem muss die EU die
899 demokratische Opposition im Iran und in der Diaspora unterstützen und politisch
900 verfolgte Iraner*innen schnell aufnehmen. Das Islamische Zentrum Hamburg als
901 Koordinationspunkt der Überwachung der Diaspora in Deutschland muss endlich
902 geschlossen werden. Der Iran muss sich an internationale nukleare Nicht-
903 Verbreitungsabkommen halten.

904 Der Rüstungsspirale in der Region wollen wir mit einer gemeinsam und geschlossen
905 auftretenden EU entgegenwirken. Wir begrüßen diplomatische Bemühungen um
906 Deeskalation in der Region. Normalisierung von Beziehungen darf nicht zu
907 Straflosigkeit führen, zum Beispiel angesichts der Menschheitsverbrechen des

908 Assad-Regimes in Syrien.

909 Durch das jahrelange Engagement und den anschließenden schnellen Abzug
910 westlicher Truppen tragen wir eine besondere Verantwortung gegenüber
911 Afghanistan. Wir verurteilen vor allem die Verdrängung von Frauen aus fast allen
912 Bereichen des öffentlichen Lebens und erkennen die Taliban nicht als Regierung
913 Afghanistans an. Wir setzen uns dafür ein, dass die EU angesichts der
914 dramatischen Lage im Land weiterhin humanitäre Hilfe leistet und dabei explizit
915 Frauen einbindet. Ortskräfte und Menschenrechts-Verteidiger*innen sind aufgrund
916 ihrer Arbeit – etwa für die Bundeswehr und internationale Organisationen – oder
917 ihres Einsatzes für Menschenrechte in Gefahr. Wir stehen daher für den
918 konsequenten Schutz und die Aufnahme von Ortskräften und Menschenrechts-
919 Verteidiger*innen.

920 **Afrika**

921 Die afrikanischen Staaten und Europa sind geografisch wie historisch eng
922 verbunden. Wir wollen die vielfältigen Länder und Gesellschaften auf dem
923 afrikanischen Kontinent in ihren Bemühungen unterstützen, nachhaltige
924 wirtschaftliche Entwicklung und gute Jobs vor Ort zu schaffen. Wir sehen eine
925 wachsende Zusammenarbeit der EU mit dem afrikanischen Kontinent in Politik,
926 Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft als Chance für beide Seiten.
927 Dabei begreifen wir die Stärkung der Demokratie als wichtige Aufgabe.

928 Ein gutes Beispiel sind die europäischen Klima- und Wasserstoffpartnerschaften,
929 die dazu beitragen können, die Industrie auf beiden Kontinenten klimaneutral
930 voranzubringen. Wir wollen sie daher ausbauen. Dabei ist für uns klar, dass die
931 erzeugte Energie und damit verbundene Wertschöpfungsketten immer zuerst den
932 produzierenden Ländern vor Ort und ihrer Nachbarschaft zur Verfügung stehen
933 müssen.

934 Dabei ist die geplante Zusammenarbeit im Rahmen der Global-Gateway-Initiative
935 ein Schritt in Richtung weiterer wirtschaftlicher Entwicklung beider Kontinente
936 und trägt als attraktives europäisches Angebot für die großen
937 Investitionsbedarfe zur Verringerung der Abhängigkeit von China und Russland
938 bei. Wir wollen die regionale Integration in den afrikanischen
939 Wirtschaftsgemeinschaften und der Afrikanischen Union inklusive der entstehenden
940 panafrikanischen Freihandelszone unterstützen.

941 Gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit sind unverzichtbare Grundlage für
942 gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung. Dort, wo die staatlichen
943 Strukturen geschwächt sind, wollen wir durch eine Unterstützung der
944 Zivilgesellschaft und demokratischer politischer Akteure zu einem Wiederaufbau
945 beitragen. Eine besondere Rolle kommt dabei Frauen und marginalisierten Gruppen
946 zu.

947 Europas Verflechtung mit Afrika ist bis heute von einem Machtungleichgewicht
948 gekennzeichnet. Zudem leidet der afrikanische Kontinent bereits heute besonders
949 stark unter den Folgen der Klimakrise, die in bedeutendem Maß durch europäische
950 Emissionen verursacht wurde. Im Bewusstsein auch unseres kolonialen Erbes wollen
951 wir Beziehungen gestalten, die von Respekt und Gleichberechtigung getragen
952 werden.

953 **Indopazifik**

954 Das ökonomische Gravitationszentrum hat sich in den indopazifischen Raum
955 verschoben. Hier findet ein Großteil des globalen Wachstums, der Innovation und
956 Entwicklung statt.

957 Wir wollen die enge Kooperation mit Europas zentralen Partnern wie Japan,
958 Südkorea, Australien und Neuseeland ausbauen und den Austausch mit den ASEAN-
959 Staaten intensivieren. Dabei wollen wir unseren Fokus auch auf mehr
960 Zusammenarbeit bei Klimaschutz und wirtschaftliche Modernisierung legen und
961 gleichzeitig die Zivilgesellschaft und die Menschenrechte stärken. Auch die
962 tiefe Kooperation mit Japan als engster Partner im indopazifischen Raum sowie
963 einziges Mitglied der G7 in der Region wollen wir weiter ausbauen. Ein Beispiel
964 hierfür ist die Digitale Partnerschaft, welche die EU im Mai 2022 mit Japan als
965 erstes Partnerland überhaupt geschlossen hat.

966 In der Pazifikregion liegen viele Staaten, die durch die Klimakrise in ihrer
967 Existenz bedroht sind, obwohl sie selbst wenig den globalen Emissionen
968 beigetragen haben. Wir wollen sie im Umgang mit den Folgen der Erderwärmung und
969 des steigenden Meeresspiegels konkret und finanziell unterstützen. Wir wollen
970 den Klimaschutz stärker in Handelsbeziehungen mit den Staaten der gesamten
971 Region verankern und die Produktion von grüner Energie in der Region, zum
972 Beispiel durch die Global-Gateway-Initiative der EU, gemeinsam voranbringen.

973 Wir streben eine Vertiefung und Erweiterung der Beziehungen der EU mit Indien
974 an. Wir begrüßen den Start des EU-India Trade and Technology Council im Jahr
975 2023 ebenso wie die 2021 begonnene Konnektivitätspartnerschaft. Wir erkennen
976 Indiens neue Bedeutung für die Bereitstellung globaler digitaler Güter an und
977 wollen eine verstärkte Zusammenarbeit bei digitalen Zahlungssystemen ausloten.
978 Die wirtschaftliche Zusammenarbeit muss sich an klaren Sozial-, Minderheits- und
979 Klimaschutzstandards orientieren. Mit zunehmender Sorge betrachten wir in dieser
980 Hinsicht die aktuellen innenpolitischen Entwicklungen. Wir unterstützen die
981 indische Zivilgesellschaft und setzen uns für eine friedliche Lösung
982 territorialer Konflikte in Grenzregionen ein.

983 **Lateinamerika**

984 Die Länder Lateinamerikas sind nicht nur wichtige Wirtschafts-, sondern viele
985 auch unsere Wertepartner. Die zahlreichen Demokratien dort sind für Europa
986 natürliche Partner bei der Stärkung des Multilateralismus. Foren wie das
987 wiederbelebte Gipfeltreffen zwischen der EU und der Gemeinschaft der
988 Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten (CELAC) ermöglichen eine intensive
989 Kooperation und Partnerschaft mit den Ländern des Kontinents.

990 Allerdings ist die liberale Demokratie in einigen Staaten nach wie vor unter
991 Druck, wie beispielsweise der Sturm auf Regierungsgebäude Anfang 2023 in
992 Brasilien gezeigt hat. Ereignisse wie diese verdeutlichen, dass die Demokratie
993 gegen autokratische Tendenzen und Gruppierungen verteidigt werden muss. Hierfür
994 ist eine starke Zivilgesellschaft essenziell. Wir wollen Aktivist*innen für
995 Menschenrechte, Umweltschutz und für die Rechte von LGBTIQ*, Frauen und
996 Indigenen schützen und ihre Arbeit aktiv unterstützen. Auch eine effektive
997 Bekämpfung von Korruption und Drogenkriminalität ist wichtig.

998 Über 55 Prozent der weltweiten Fläche an Regenwald befinden sich in
999 Lateinamerika. Die Region ist zentral zum Schutz unseres Weltklimas. Deswegen
1000 wollen wir eine Intensivierung von Klima- und Rohstoffpartnerschaften sowie eine
1001 Ausweitung der Kooperation für nachhaltige Landwirtschaft und für effektiven
1002 Naturschutz. Der Schutz der Rechte der indigenen Bevölkerung muss dabei bei
1003 allen Vorhaben mitgedacht und priorisiert werden.

1004 Europa braucht enge Handelsbeziehungen mit Lateinamerika, nicht zuletzt auch, um
1005 seine Lieferketten mit Blick auf China zu diversifizieren. Die Global-Gateway-
1006 Initiative der EU kann dabei eine wichtige Rolle spielen. Diese Partnerschaften
1007 können nur dann erfolgreich sein, wenn beide Seiten davon profitieren und ein
1008 substanzieller Teil der Wertschöpfung in Lateinamerika verbleibt. Wir werden das
1009 Mercosur-Abkommen nur ratifizieren, wenn von Seiten der Partnerländer
1010 umsetzbare, überprüfbare und rechtliche verbindliche, einklagbare
1011 Verpflichtungen im Bereich des Umwelt-, Sozial-, und Klimaschutzes vereinbart
1012 werden. Gleichzeitig kann es für uns das Mercosur-Abkommen nur gemeinsam mit
1013 einer gleichwertigen Zusatzvereinbarung zum Schutz und Erhalt des Regenwaldes
1014 geben. Dadurch stellen wir sicher, dass unsere Partnerschaft mit Lateinamerika
1015 intensiviert und gleichzeitig Menschenrechte garantiert und das Weltklima
1016 geschützt werden.